



Antrag

der Fraktion der AfD

Strompreise in Schleswig-Holstein senken, Irrweg "Klimaschutz" aufgeben

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundes- und Landesebene dafür einzusetzen, dass die Strompreise in Schleswig-Holstein spürbar gesenkt werden. Die verfehlte sogenannte Klimaschutzpolitik ist der wesentliche Grund für den nicht mehr tragbaren Anstieg der Energiepreise.

Der Landtag appelliert an die Bundesregierung, die Verbraucher zu entlasten, indem die staatlichen Abgaben spürbar gesenkt werden. Zu den Abgaben gehören die EEG-Umlage, die § 19-NEV-Umlage, die Offshore-Haftungs- bzw. Netzumlage, die Umlage für abschaltbare Lasten, die Konzessionsabgabe an Kommunen, der KWK-G-Aufschlag, die Stromsteuer und die Umsatzsteuer.

Der Landtag appelliert an die Bundesregierung, die Klimaziele aufzugeben und aus dem Emissionshandelssystem auszusteigen. Der Handel mit CO₂-Zertifikaten belastet den Strompreis zusätzlich. Der fortwährend steigende Zertifikatpreis für CO₂-Emissionen findet sich im Stromproduktionspreis wieder, der rund 20 Prozent des Strompreises ausmacht.

Der Landtag appelliert ferner an die Bundesregierung, jegliche Festpreisgarantien für Einspeisevergütungen aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz zu streichen und darauf hinzuwirken die Netznutzungsentgelte spürbar zu senken.

Begründung:

Laut aktuellen Informationen des BDEW sind Steuern, Abgaben und Umlagen seit 2006 um 110 Prozent gestiegen. Sie machen mittlerweile rund 55 Prozent des Strompreises aus. Allein bei den Netznutzungsentgelten steht Schleswig-Holstein in den nächsten Wochen eine Kostenexplosion von rund 12 Prozent bevor. Der Großteil aller Steuern, Abgaben und Umlagen wird durch den forcierten Ausbau von erneuerbaren Energien verursacht. Die Idee einer allumfassenden Energieversorgung durch erneuerbare Energien basiert auf der Angst, dass eine zu hohe Luftkonzentration des Spurengases Kohlendioxid eine nicht mehr kontrollierbare Veränderung des Klimas nach sich zieht. Das sich ständig auf natürliche Weise ändernde Klima soll auf einen kaum zu definierenden Status Quo eingefroren werden, was landläufig als Klimaschutz bezeichnet wird. Das Spiel mit der Angst und mehreren wissenschaftlich ungesicherten Variablen bewirkt also eine drastische Erhöhung des Strompreises. Zur Reduktion des Strompreises ist eine Rückbesinnung auf alte Strompreisstrukturen anzustreben. Der Irrweg „Klimaschutz“ ist aufzugeben. Die Gesetzgebungskompetenz zahlreicher Energiegesetze liegt beim Bund. Wesentliche Reduktionen des Strompreises können ergo nur auf Bundesebene erwirkt werden.

Volker Schnurrbusch und Fraktion